

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
sollen die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 45 Bg.
Kosten 100 Bg.
Bezugspreis
monatlich 180 Bg., mit Bringer-
schein 150 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 4,50 Mk.
auschl. Postgebühren.
Zusatz für auswärtige Zei-
tungen werden zu Original-
preisen vermittelt.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erstausgabe: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Nr. 38.

Dienstag, den 30. März 1920.

28. Jahrgang

Das neue Reichskabinett.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsbildung hat zu folgendem Ergebnis geführt: Reichkanzler: Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Grafen v. Helldorf beauftragt hat; Stellvertreter des Reichkanzlers und Reichminister des Innern: Koch, Reichminister der Finanzen: Bähr, Reichswehrminister: Seeber, Reichminister für Justiz: Blum, Reichsminister für Landwirtschaft: Schmidt, Reichsarbeitsminister: Schuler, Reichsminister: Gieseler, Reichsminister: Bauer, Reichsverkehrsminister: Bell, Reichsminister für Ernährung: Hermes, Reichsminister ohne Portefeuille: David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden.

Das neue Kabinett Müller ist als ein Übergangskabinet anzusehen, dem in der Hauptsache die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahlen zum Reichstag obliegt. Durch den erzwungenen Rücktritt des Reichskanzlers und die Ausschaltung des für das Reichsministerium in Aussicht genommenen Sapag-Direktors Cuno haben die radikalen Bestrebungen zur Durchbrechung der Weimarer Verfassung einen gewissen Teil Erfolg erlangt, der zu bedauern ist. Trotzdem darf man nicht verkennen, daß es den Mehrheitsparteien gelungen ist, das deutsche Volk vor der Herrschaft oder der Diktatur einer Klasse zu bewahren. Die alte Koalition hat sich aufgelöst und es ist ziemlich gleichgültig, ob die Reichskanzler Bauer oder Müller heißt; der Geist ist derselbe geblieben. Hoffentlich gelingt es den neuen Männern, das Reich zu retten, das durch den rucklosen Kapp-Putsch ins Schwanken geraten war, wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. In erster Linie gilt es die Reichswehr wieder zu dem Volk zu machen, was sie sein soll, zu einer Schutzwehr, die dem Volke dient gegen alle Veruche, die Ruhe und Ordnung zu stören und die Verfassung gewaltsam zu durchbrechen.

Das neue preussische Ministerium.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien brachten das Ergebnis, daß sich das preussische Staatsministerium hat folgend zusammenfassen soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Lönig, Finanzen: Lüdemann, Essentische Arbeiten: Dejer, Handel: Fischel, Volkswohlstand: Steegerwald, Justiz: Dr. am Bedn.

Die Wahlgesetze.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die vom Reichspräsidenten geleitet wurde, wurde der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten angenommen. Gewählt ist danach, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich keine absolute Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem die relative Mehrheit entscheidet. Bei der Ausübung der Wahl sind die Wahlberechtigten geachtet worden, da in diesem Falle beim zweiten Wahlgang auch neue Bewerber auftreten können. Der Gesetzentwurf hat indessen das Gesetz unverändert angenommen. Die Vollziehung des Reichsrates ist das gleiche. Ferner kam das Reichswahlgesetz zur Annahme, das dem seitherzeit veröffentlichten Entwurf entspricht. Danach steht die Zahl der Abgeordneten nicht von vornherein fest, wohl aber die Zahl der Stimmen, nämlich 60 000 für je einen Abgeordneten. Die Reststimmen fließen einer Reichswahlliste zu, wobei wieder auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt. Neben den Wahlkreisen werden Verbandswahlkreise gebildet, innerhalb derer es den Parteien und Verbänden ist, mehrere Wahlkreise für ihre Listen zusammenzuschließen. Die Kosten der Wahl waren bisher zum Teil auf die Länder und zum Teil auf den Reichstag verteilt. Künftig sollen alle Kosten vom Reich getragen werden, mit Ausnahme derjenigen, die bei den Gemeinden entstehen, aber auch von diesen trägt das Reich vier Fünftel; nur ein Fünftel die Gemeinden. Weiter haben die Wahlkreise die Bestimmung der Regierungsvorgänge gestrichen, wonach die Reichstagsparteien die Aufwendungen zur Herstellung der Stimmzettel erstatten sollte. Es erschien den Ausschüssen möglich, die Parteien von jeder Haftung zu entbinden. In der Anlage des Gesetzentwurfes, in dem die Wahlkreise und Verbandswahlkreise zusammengefasst sind, haben die Ausschüsse noch die wichtige Änderung vorgenommen, daß aus ganz Bayern und ganz Sachsen je ein einziger Verbandswahlkreis gebildet wird. Es soll damit erreicht werden, daß die Stimmen möglichst im Land bleiben.

Die Wahlen zum Reichstag werden voraussichtlich am 30. Mai stattfinden. Es wird angestrebt, auch die Wahlen zum württembergischen Landtag auf diesen Tag zu verlegen.

Die Kämpfe an der Ruhr.

Die Lage im Industriegebiet ist im allgemeinen ruhig. Nur bei Bielefeld finden noch vereinzelte Kämpfe statt, doch besteht auch hier die Hoffnung, die Kämpfe abzuwehren. Die Führer der „Roten Armee“ erklären sich bereit mit dem Regierungsvorstand Severing in Verhandlungen treten zu wollen; diese sollen in Mülheim a. d. Ruhr stattfinden.

Eine Essener W.-B.-Zeitung legt darauf schließen, daß auch die politische Führung der Aufständischen neue Verhandlungen anzubahnen wünsche. In einer „Heftigkeit“ des Zentralrats der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen“ heißt es danach:

„Die sogenannten Fieseler Abmachungen hängen in der Luft. Die Regierung hat dazu offiziell keine Erklärungen abgegeben. Sie gab auch keinerlei Garantie dafür, daß die in den Abmachungen enthaltenen Zugeständnisse durchgeführt werden. Der Zentralrat hält daher neue Verhandlungen für erforderlich. Der Zentralrat ordnet an, daß die Gemeinden die Föhrung, Verpflegung und Kleidung der Wehrmannschaften zu übernehmen haben. Mängel werden die Gemeinden von dem örtlichen Vollzugsrat dazu gezwungen. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften die bei ihnen in Arbeit ständen, den Lohn weiter zu zahlen. Eingriffe in das Wirtschaftsleben von den örtlichen Vollzugsräten dürfen nur im Einverständnis mit dem Zentralrat erfolgen.“

Revolutionstribunal in Essen.

Nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ meldet der Essener Sparatist, daß das Revolutionstribunal in Essen seine Tätigkeit aufgenommen hat. Es bearbeitet Spionage, Bedrohungen, Angriffe auf Posten, Wachen und Truppen und Plünderungen. Der Anführer einer Räuberbande wurde wegen Plünderung handrechtlich erschossen. Aus Duisburg wird gemeldet, daß der Vollzugsrat Lebensmittel auf dem Bahnhof und in der Stadt beschlagnahmt. Wohnungen, in denen große Mengen Lebensmittel vermutet werden, werden durchsucht.

Duisburg unter radikaler Diktatur.

In Duisburg ist der äußerste linke Flügel der Kommunisten aus der Front gelangt. Der Oberbürgermeister Dr. Jarres wurde verhaftet und sollte gezwungen werden, die Gelder für die Föhrung des Roten Korps und für sonstige Bedürfnisse des Aktionsausschusses, die täglich über 500 000 Mark ausmachen, aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister weigerte sich entschieden und bezeichnete diesen Versuch als Erpressung. Der Vollzugsrat hat den Arbeiter, ohne die Stadt zu fragen, Löhne von täglich 65 Mark angebilligt, und die Stadt könne jetzt mit der Deckung nicht befaßt werden. Darauf wurde er wieder entlassen und ihm bedeutet, daß er seines Amtes entbunden sei.

Die Regierung.

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderungen gestellt:

Die Regierung hat durch die „Fieseler Verhandlung“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee richtet sich nicht darauf. Die Angriffe auf Bielefeld sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigelassen und die Forderung der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Kämpfe aus allen Teilen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zu energischem Handeln. Um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürherrschaft zu schützen, um aber auch allen Verführten auch nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzuföhren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März 12 Uhr mittags ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Bezirks 6, Generalleutnant v. Winter in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinföhrung der staatlichen Verwaltungs- u. Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Löw-Regierung belastet sind.
3. Sofortiges Auflösen der Roten Armee.
4. Vollige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung, einschließlich der Einwohnervewehrer, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen. Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handels zur vollen Wiederherstellung geordneter Zustände.

Ein Verlangen der Entente.

Wie der Pariser Korrespondent des „Globe“ meldet, hat die Entente für den Fall, daß das deutsche Gesuch um Verwendung von Reichswehrtruppen in der neutralen Zone gebilligt würde, die Besetzung einer Stadt, beispielsweise Frankfurt a. M., durch Ententetruppen verlangt. Diese Besetzung würde als Garantie dafür zu dienen haben, daß die Besetzung der neutralen Zone nach der Wiederherstellung der Ordnung auch wirklich rückgängig gemacht wird. Die Besetzung dieser Stadt könnte, etwa so lange dauern, wie der Aufenthalt der Reichswehrtruppen in der neutralen Zone. Wenn ein Eingreifen der Reichswehrtruppen in der neutralen Zone unnötig wäre, läme auch der französische Vorschlag nicht mehr in Betracht.

Ein Ausländer über die Rote Armee.

Der Kriegskorrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ schreibt in einem längeren Bericht u. a. folgendes, das wir als Ergänzung eigener Berichte geben:

In Holten hatte das rote Armeehaupt, das wir dort ausgenommen hatten, uns schon erzählt, daß dort an der Front eine gefährliche Bande versammelt sei. Mangel an allem, mit Ausnahme der Rote-Armee-Schwefeln. Die Front war tatsächlich rot von Rote-Armee-Schwefeln. Für jeden Soldaten gab es sicher vier, und für jeden Verwundeten etwa Hundert. Das sollte doch endlich ein Ende nehmen. Alle diese Weiber mit Ausnahme der wenigen guten kamen nur zu ihrem Vergnügen hierher. Der rote Vollzugsrat hinter der Front sollte ohne Zögern gegen diesen miserablen Zustand Maßnahmen treffen. Inzwischen würde er einen Kordon ziehen lassen, um alle diese lustigen Karbolmännchen aufzulösen und zurückzuführen. Der erste Eindruck von der Front war denn auch wirklich der eines kolossalen Rote-Armee-Lagers. Überall waren die Rote-Armee-Schwefeln entlang des Weges verbreitet. Die Gastwirtschaften waren mit ihnen angefüllt, die Lastautos brachten nicht mehr Soldaten an, sondern eine Mischung von wenigen Soldaten mit viel unterwegs aufgenommenen und ausgebrannten Dinnen. Ein wütender Spartakist erklärte mir, das ist keine Rote Armee mehr, sondern eine Rote-Armee-Armee. Dieses Gemisch von Rote-Armee-Schwefeln zu beschreiben ist sehr schwierig, wenn man anständig bleiben will. Es war wirklich mehr als schrecklich. Außer allen diesen Weibern und Dinnen war auch eine unglaubliche Anzahl männlicher Rote-Armee-Leute, meist mehr als schmutzige Typen, vorhanden, die sich nach der Front haben mitführen lassen, weil dort vielleicht etwas zu plündern sein könnte. In der Frontlinie selbst war nicht viel von diesem Gemisch zu sehen, aber in den Wirtschaften entlang den Wegen und besonders rings um die Feldflächen, die sich vorsichtshalber nicht zu nahe an die Frontlinie wagten, plünderten sie im herrlichsten Frühlingswetter und gaben dort öffentlich oder halböffentlich Vorstellungen mit den Rote-Armee-Schwefeln bei denen es nur gut war, daß keine Kinder anwesend waren, sonst hätten sie sicher keinen Aufklärungsfilm mehr gebraucht. Unter diesen sogenannten Schwefeln des Roten Kreuzes gab es viele Mädchen von fünfzehn Jahren. Von den wenigen wirklich tüchtigen Schwefeln hielten wir zwei auf. Ich habe selten eine so tragikomische Situation mitgemacht wie auf dem linken Flügel der Roten Armee, wo schwere Geschütze abgefeuert wurden ohne Beobachterposten, Patrouillen ausgingen ohne Unterweisung, Truppen ins Feuer gingen ohne Führung, Wagen nach Hause zurückkehrten ohne Besatz, Verwundete starben ohne Hilfe von Ärzten, wo jeder schrie und brüllte und Befehle gab denen niemand gehorchte. Es war pittoresk und phantastisch, wild und wahnhaftig, und doch machten diese Truppen seit drei Tagen Fortschritte, denn für jeden Mann, der genug davon hatte, sich hier ohne Führung dem „Koschener“ auszuföhren, brachten Lastautos wenigstens zwei neue an, die spartakistische Begeisterung oder presultierend auf die Plünderung von Bielefeld mit Todesverachtung ins Feuer gingen.

Offensive der Bolschewisten.

Am 13. März, dem Tage des Berliner Putsches, hat, wie man der „Rheinischen Zeitung“ schreibt, in Essen eine Konferenz der linksradikalen Führer stattgefunden, an der außer 50 bis 60 Vertretern aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch drei russische Offiziere der Bolschewistenarmee teilgenommen hätten. Es sei die Aufstellung der Roten Armee und die jetzt in die Tat umgesetzten Pläne mit einem Angriff gegen Bielefeld und Münster in allen Einzelheiten beraten worden. Mit dem Vormarsch der Roten Armee solle ein Angriff der russischen Armee gegen Polen Hand in Hand gehen. Trotski gedulde im Juli vor den Toren Berlins zu sein. Der Kampf solle nach bolschewistischer Taktik geführt werden. Die bisherigen Ereignisse scheinen die Richtigkeit der Meldung zu bestätigen.

Der „Telegraph“ meldet aus London: Man vermutet, daß ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen der russischen Bolschewisten auf die polnische Front besteht. Der Warschauer Korrespondent der „Times“ meldet: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 560 Kilometern dauert an. Die Angriffe im Mohr Abschnitt sind wieder aufgenommen worden. Auch an der rumänischen Grenze wird heftig gekämpft.

Der 30. März, der Tag des allgemeinen Loschlagens.

Karlsruhe, 30. März. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Nach aufgefangenen Depeschen haben die Kommunisten den heutigen 30. März als den Tag des allgemeinen Loschlagens bestimmt. Von Mannheim und Stuttgart aus soll der Sturm auf der ganzen Linie auch in Süddeutschland einsehen. Von Norddeutschland aus will man die süddeutschen Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen. Zunächst aber soll Frankfurt a. M. in ihre Gewalt gebracht werden, damit von dort aus die Bewegung in Süddeutschland gesteuert werden kann. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief aus Essen geht hervor, daß alle Vorbereitungen zur Erreichung dieses Zieles, also gewalttätiger Umsturz, getroffen worden sind. Es handelt sich mithin um einen regelrechten Putschversuch, gegen den sich die gesamte Bevölkerung Badens, ohne Unterschied der Partei, wie ein Mann auflehnen muß, denn auch nur ein vorübergehender Erfolg der Kommunisten würde unsere gesamte Lebensmittelfuhr ins Stocken bringen und damit sofort die Gefahr einer Hungersnot heraufbeschwören. Die politischen Wirren der Gegenwart vertragen keine Steigerung. Mit allen Mitteln muß deshalb dem wahnwitzigen Plane der Kommunisten entgegengetreten werden.

Frankfurt a. M., 29. März. Eine heute Abend tagende Versammlung der Frankfurter Betriebsräte beschloß, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls die Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet betreten sollten.

Das Ultimatum an die Aufrührer.

Die neue Reichsregierung hat an die aufrührerische Arbeiterschaft des Ruhrreviers ein Ultimatum gerichtet mit den folgenden fünf Forderungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität, 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltung und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht

durch ihr Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind, 3. sofortige Auflösung der roten Armee, 4. völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe, wobei Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt bestimmt werden, 5. sofortige Freigabe der Gefangenen.

Das Ultimatum läuft heute (Dienstag) Mittag 12 Uhr ab. Sollten die Bedingungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht angenommen sein, so werden die Reichswehrtruppen die den Aufmarsch bereits vollzogen haben, in das Aufstandsgebiet einzürücken. Die Bolschewisten drohen für diesen Fall mit der Ausrufung des Generalsstreiks für ganz Deutschland. Es besteht Aussicht, daß das Ultimatum angenommen wird. Der Düsseldorfer Volksrat soll sich für Annahme erklärt haben und soll seine Truppen bereits zurückziehen. Der Essener Zentralrat, der die politische Leitung im Aufstandsgebiet hat, drängt auf Abbruch des Kampfes. Ob es ihm gelingt, steht noch dahin. Zur Bezahlung des Soldes hat die Rote Armee bereits umfangreiche Erpressungen vorgenommen. So sind verschiedentlich die Reichsbanknoten in Zahlung genommen worden, Beträge bis zu einer Million Mark und mehr auszuliefern. Unter dem Vorwand der Beschlagnahme von Lebensmitteln ist in Privatwohnungen viel geplündert worden.



Die politische Lage.

Die Rechtsparteien und Lüttwitz.

Die „Post“ gibt eine von ihr als authentisch bezeichnete Darstellung über die Besprechungen von Vertretern der Rechtsparteien mit General Lüttwitz wieder, die im wesentlichen besagt:

Am Abend des 3. März wurde Abg. Herget unerwartet von einem ihm unbekannten höheren Offizier aufgesucht, der ihm mitteilte, daß in der Reichswehr eine zunehmende Unzufriedenheit Platz gegriffen hätte und General Lüttwitz sich anscheinend mit dem Gedanken trüge, an die Regierung mit Forderungen heranzutreten, die unter Umständen zu scharfen Gegensätzen zwischen der Regierung und der Reichswehr und damit zu ganz unmöglichen Verhältnissen führen könnten. In der militärischen Umgebung des Generals sei man sich darüber klar, daß jeder Möglichkeit von Konflikten vorgebeugt werden müsse und um dies mit größter Sicherheit zu erreichen, habe man Lüttwitz den Vorschlag gemacht, sich u. a. auch bei den beiden Rechtsparteien Rat zu holen. Die Führer der Rechtsparteien, von denen man überzeugt sei, daß sie mit aller Entschiedenheit zu einer Verständigung mit der Regierung raten würden, wurden gebeten, sich zu einer solchen Unterredung zur Verfügung zu stellen. Dies wurde den Offizieren bereitwilligst zugesagt. Am Morgen des 4. März ließ darauf die telefonische Einladung des Generals v. Lüttwitz zu einer alsbaldigen Besprechung ein, zu der außer den Abg. Herget und Heinke auch General v. Odershausen zugezogen wurde. General v. Lüttwitz schilderte ausführlich die Haltung der Reichswehrtruppen, die dazu führte, daß sich, namentlich in einzelnen Teilen derselben im Offizierskorps, immer mehr die Unzufriedenheit

ausbreite, daß die Truppen selbst helfen müßten, die Regierung zu veranlassen, sich der Auffassung der Truppen anzuschließen. Auf die Frage, wie man dies zu bewerkstelligen gedenke, setzte General v. Lüttwitz auseinander, daß man im Wege einer Audienz bei der Regierung das Erforderliche zu erreichen hoffe. Die Parteivertreter gaben den Eindruck, daß der General mit seiner Auffassung der Situation ziemlich allein stehe, zumal General v. Odershausen entschieden der Meinung Ausdruck gab, daß eine militärische Aktion nicht in Betracht kommen dürfe. Um aber ihrer Pflicht nach jeder Richtung hin zu genügen, wiesen sie mit allem Nachdruck auf die Gefahr hin, die in einem unvorsichtigen Vorgehen des Militärs liegen könne. An einem ernsthaften militärischen Druck dürfe nicht gedacht werden. Ein solcher sei Wahnsinn. Beide Parteien der Rechten würden einen solchen Druck mit einem glatten Absage beantworten. Die beiden Parteivertreter wiesen ferner auf die unmittelbar bevorstehende parlamentarische Aktion bezüglich der Neuwahlen und der Hindenburg-Kandidatur hin, womit man auf völlig gesicherter Basis die erwünschte Lösung erbitten könne. General Lüttwitz gab zu, daß man unter diesen Umständen die Entwicklung der Dinge auf jeden Fall erst einmal abwarten müsse, und die beiden Parteivertreter gaben der Überzeugung Ausdruck, daß für die Folgezeit nicht das Verstecken zu befürchten sei. General Lüttwitz erklärte, daß er ihm sehr erwünscht sei, wenn er noch nähere Erklärungen über die Stellung der Fraktionen erhalten könne, und aus ausdrücklicher Ermächtigung dazu, daß die Angelegenheit ausführlich in weiten Kreisen unter den Fraktionsgenossen besprochen werden dürfe. Es war das ein klarer Beleg dafür, daß an eine ungelegte Unternehmung überhaupt nicht gedacht wurde. Unter diesen Umständen erübrigte sich natürlich jede Mitteilung an die Regierung, die durch den Mittelsmann des Herrn v. Lüttwitz bei jeder Richtung hin unterrichtet war. Am 5. März suchte Lüttwitz den Abg. Heinke im Reichstag auf und erklärte, er werde seine Besprechung bei der Regierung vorbringen. Er betonte dabei, daß er sich keines Erbes auf die Verfassung bewußt sei. Nach den Verhandlungen der Nationalversammlung über die Frage der Neuwahlen erschienen Lüttwitz dann unerwartet bei Herget, um ihm die Frage vorzulegen, was nun geschehen solle. Herget konnte dem General zunächst mitteilen, daß die Fraktionen des völlig ablehnenden Standpunkt durchaus teilten. Herget fügte hinzu, daß sich die Situation durch die Verhandlungen der Nationalversammlung nach seiner Richtung verändert hätte. Die Aktion der Rechtsparteien würde mit Entschiedenheit fortgesetzt werden und müßte sich erst auswirken. Das Militär müsse dem Rechnung tragen und nach wie vor Zurückhaltung üben. General v. Lüttwitz gab daraufhin die formelle Zusage, daß eine ernstliche Unternehmung oder sonst ein Verstoß gegen die Regierung unter diesen Umständen nicht in Frage käme. Am nächsten Tag, dem 10. März, erklärte General Lüttwitz dem Abg. Herget im Parteibüro in Gegenwart zweier anderer Parteimitglieder, daß die Regierung ihn selbst zu einer Besprechung eingeladen habe und den Wünschen des Militärs in der gegenwärtigen Weise entsprechen werde. Die Anwesenden erklärten daraufhin nach wie vor unbedingtes Entschlossen, daß ein Konflikt ausgeschlossen bleibe. General v. Lüttwitz gab nach dieser Richtung hin wiederum verbindende Zusicherungen. Weiter haben die Parteien in der Angelegenheit nichts gehört.

Ein abschließendes Urteil über die Berliner Vorgänge in ihrer Gesamtheit wird erst auf Grund der eingehenden gerichtlichen Untersuchung zu fällen möglich sein.

Erklärungen zum Kappischen Putsch.

Das Zentrum.

Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung veröffentlicht in der „Germania“ eine Kundgebung an die Mitglieder, in der die Militärrevolte vom 13. März als ein unverzeihliches Verbrechen am deutschen Volk und als Hochverrat schärfster Art bezeichnet wird und daß die Revolution von rechts die von links her zu sein habe. „Eine Arbeiterregierung“ so heißt es weiter, „kann das Zentrum grundsätzlich ab und hält das Reichsbanner

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knoph.

4) (Nachdruck verboten.)
Kohtrausch überflog die Menschengruppe, eine Anzahl Arbeiter, ohne den jungen Baron zu entdecken. „Frank, wo ist der junge Baron?“ rief er einem schwarzhaarigen, jüngeren Manne von weitem zu. „Weiß nicht! Vor einer halben Stunde ritt er fort — in der Richtung nach dem Belonker Wald. Er wird wohl bei den hinteren Strohmieten sein.“ Kohtrausch nickte befriedigt und machte kehrt. Bald stand er abermals im Vorzimmer der Baronesse, um ihr durch den Diener melden zu lassen, daß er den jungen Herrn nicht habe sprechen können, da derselbe auf das Feld geritten sei. Agnes empfing die Meldung mit einer Gebärde des Unwillens. „Sagen Sie dem Inspektor, er würde das Gewünschte noch heute erfahren und brauchte die Rückkunft des jungen Barons nicht abzuwarten“, beschied sie den Diener kurz.
Kohtrausch mochte wohl gehofft haben, nochmals vorgelassen zu werden. Etwas enttäuscht nahm er die Nachricht entgegen. Aber er verließ das Schloß nicht, ohne durch geschickte Fragen von Johann alles das erfahren zu haben, was besonderes Interesse für ihn hatte. Erst dann fuhr er mit seinem leichten Wägelchen nach seinem Vorwerk Grünheide zurück, das unter seiner alleinigen Verwaltung stand und etwa vier Kilometer vom Hauptgut entfernt lag.

Inzwischen war auch der Gärtner Böplau im Anmeldezimmer des Schlosses erschienen; ein schon älterer Mann mit krummem Rücken und grauem Haar. Er ahnte noch nichts, in welcher Angelegenheit ihn das Schloßfräulein zu sprechen verlangte, denn Marie hatte den Jockel der Hinfeststellung aus begreiflicher Scheu verschwiegen.

„Tretet näher, Böplau“, rief Agnes ihm zu, als sie ihn an der Türe gewahrte, die Nähe in der Hand drehend.

Nachdem er ihrer Aufforderung gefolgt, sagte sie

„Mit Eurer Tochter Marie bin ich nicht zufrieden, Böplau. Ihre Aufführung gefällt mir nicht. Ohne Euch etwas davon gesagt zu haben, war sie heute im Schloß, um mir mitzuteilen, daß sie sich heimlich mit dem jungen Kutscher verlobt habe und bald Hochzeit machen möchte, wenn...“

„Dat — dat war' so 'n Glüd“, fiel hier der Alte ein.
„Vorläufig kann aber davon noch gar keine Rede sein, Böplau, versteht Ihr mich?“ entgegnete Agnes ungeduldig. „Erstens sind keine passenden Räume vorhanden für einen kleinen Hausstand, und dann sind beide ja noch die reinen Kinder — jedenfalls noch so jung, daß sie warten können. Ich habe Euch rufen lassen, um Euch diese Entscheidung mitzuteilen und Euch auf die eigenartigen Verhältnisse hinter Euerem Rücken aufmerksam zu machen. Ihr werdet gut tun, ein scharfes Auge auf Euer Tochter zu haben und den sogenannten Bräutigam von ihr fernhalten.“

„Dat is nich good“, entgegnete der Gärtner, besorgt mit dem Kopfe schüttelnd. „Der mit die Natur kämpfen müßt, der unnerlegt immer — immer, segg ed. An wenn sich twei sinnen wullen, dann sinnen sei sidd, selbst wann sei hinner Schloß und Kegel sitten. Dat is mien Ansicht in diese Sat. Nee, nee, gnädige Barones, dat is 'n schwores Stüd. An mien Fru is doot — all lang; id, id — ja — id kann nich hinner ihr stahn. Sei is alt und klanf 'hang. 't best war' schon, sei würd bald frigen.“

„Rein, daraus wird nichts“, brauste Agnes auf, und ein böshafter Zug veränderte wieder den Liebreiz ihres Gesichtes. „Es bleibt bei dem, was ich Euch vorher gesagt habe. Ihr könnt gehen.“

Lüster sah der Gärtner vor sich nieder. Unentschlossen schwenkte er seine Röhre. Als ihm das Fräulein den Rücken wandte, brummte er mit einem Seufzer: „Na, dnan helpt dat jo of nisch“, und ging mit ähnlichen Gefühlen wie seine Tochter aus der Türe.

Agnes hatte sich den Verlauf der Unterredung mit dem Gärtner anders vorgestellt. Sie traf auf eine an Stumpfheit grenzende Gleichgültigkeit, wo sie geglaubt hatte, den Vater gegenüber seiner Tochter in Dankschuld zu setzen. Ihr Vorsetzungsgefühl

war nicht befriedigt worden; das Resultat ihrer Diplomatie war ein Floß. Ihre verärgerte Stimmung hielt weiter an.

Sie fühlte sich verlassen, einsam. Sie hatte augenblicklich keinen Menschen, zu dem sie sich aussprechen konnte, denn der Vater kam erst in zwei Tagen zurück. Ihr Stiefbruder? — Sie verwarf sie verächtlich die Lippen. So blieb nur Frau von Jantlicher, eine entfernte Verwandte übrig, die das Amt einer Hausdame versah. Aber wirklich intime Dinge mochte sie auch mit dieser nicht besprechen, weil sie ihr nicht das nötige Vertrauen entgegenbrachte.

Weshalb kam sie diesem armen Geschöpf, der Marie nicht etwas zu Diffe? so fragte leise eine Stimme in ihr. Es wäre so leicht gewesen, zwei Menschen glücklich zu machen, indem sie eine Einquartierung einer anderen Tagelöhnerfamilie anordnete oder dem jungen Paare von vornherein eine größere, aus zwei Stuben bestehende Wohnung zuwies, wie sie mehrfach gesehen standen.

Aber eine stärkere Stimme gab die Antwort: weshalb soll es anderen Menschen besser gehen, wie dir? Weshalb soll ihnen Glüd so leicht gemacht werden, da es dich beherrschend flieht? Sie konnte ohne Reizgefühl nicht sehen, daß es jemanden gelang, schon in jüngeren Jahren sein Lebensdilemma zu steuern, während sie selbst immer auf dem Trocknen saß, immer noch auf den Schiffer wartete, der die Führung ihres Lebenszeuges übernehmen sollte.

Aus diesem Reizgefühl heraus wurden in ihrer Seele die schwärzesten Gedanken geboren. Es bereitete ihr deshalb eine innere Genugung, Menschen, die von ihr abhängig waren, an ihrem Lebensglück zu hindern. Ja, sie war neidisch.

Als wenn das Hoffen einer magischen Anziehungskraft besäße, so trieb sie es wieder dorthin. Die Gegend hinten am Belonker Wald, der wie eine große dunkle Klampe am Horizont entlang kroch, hatte sie ihr angetan. Lange stand sie hier und starrte träumend zu der ihr wohlbelannten Gegend hinüber.

Da setzte nach längerer Pause die Dreeschmiedin plötzlich mit erneuter Kraft ein.

Paßbilder
auf Wunsch sofort lieferbar

Ausnahmetage

bis 10. April.

Der grossen Nachfrage wegen geben wir Jedem, der sich bei uns 6 oder mehr Bilder bestellt,

GANZ UMSONST

Sonntags von 9-2 Uhr geöffnet.

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30x36 cm).

Sonntags von 9-2 Uhr geöffnet.

Unser Geschäftsprinzip
Für wenig Geld ein gutes haltbares
Bild — Rascheste Lieferung — Nur
erstklassige Materialien und Arbeits-
kräfte.

Samson & Co. G. m. b. H.

Photogr. Atelier u. Vergrößerungsanstalt mit billigen Preisen.
Telefon 1986. Wiesbaden, Gr. Burgstr. 10. Fahrstuhl.

Trotz Tenerung billige Preise.

Vergrößerung nach jedem Bilde.

Ein fast neues
Kleid,
für Mädchen von 12-14
Jahren, zu verkaufen,
Näh. im Verlag

Mädchen

gegen hohen Lohn sofort gel.
Viebricherstr. 18.

Ein junges
Mädchen

gesucht. Frau Gülich,
Wiesbadenerstr. 24.

Saubere
Medizinflaschen
kauft

Jakob Weiss, Zeilstr. 8.

Gut erhaltene
Wasserstiefel,
Größe 41, zu verkaufen bei
Frau Strahl,
Hörsheim a. M.
Kirchstr. 10.

Kernseife,
la Qualität M. 6.90
F. Zimmermann,
Wiesbaden, Kirchgasse 29.

Stempel sowie
Gravierungen
liefert Niemand schneller
als die

Rhein. Stempelfabrik.
Wiesbaden, Kirchgasse 7,
Telefon 3765.

Sehr gute
Fischwäsche
sowie ein schwarzer
Damenhut
zu verkaufen. Dofelst ein
Kanarienvogel, sehr guter
Lager- und Lichtschläger zu
kaufen oder tauschen gesucht.
Näh. im Verlag.

Grundstücksverpachtung.

Morgen, Mittwoch, den 31. März, vormittags 9 Uhr

anfangend, läßt die Friedrich Wilhelm Söhne in'sche Güterverwaltung im Saalbau „Deutscher Kaiser“ eine Anzahl



Uckergrundstücke



in der Gemarkung Schierstein gelegen, auf die Dauer von 6 Jahren öffentlich an den Meistbietenden verpachten. Das Grundstücksverzeichnis und die Verpachtungsbedingungen sind bei dem unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher einzusehen.

Schierstein, den 24. März 1920.

Das Ortsgericht:
gez. Schmidt,
Ortsgerichtsvorsteher.

Schneiderei-Bedarfsartikel

empfehle
sämtl. Artikel für die Schneiderei

sowie
komplette Futter-Ausstattungen
für Herrenbekleidung
mit prima Zutaten zu billigsten Preisen
la Serge, Zanellas, Wattierleinen

usw.
Täglich Eingang in Stoffneuheiten
Hosenstreifen
blau, schwarz, marengo
nur bei

Carl Schamber, Mainz
Hint. Bleiche 7 Tel. 1412.
Garne Textilwaren Seide

Sonder-Angebot für Ostern

Wir offerieren in Auswahl unter tausende Pièces

Neue Jackenkleider
Mk. 495.—, 325.—, 189.—

Neue Seiden imprägn. Mäntel
Mk. 645.—, 495.—, 375.—

Neue Jackenkleider
Ersatz für Mass
Mk. 1250.—, 850.—, 675.—

Neue Costüm-Röcke
Mk. 95.—, 69.—, 45.—

Neue Frühjahrs-Mäntel
Mk. 850.—, 650.—, 395.—

Neue Costüm-Röcke
Mk. 395.—, 225.—, 145.—

Neue Frühjahrs-Mäntel
Mk. 375.—, 295.—, 175.—

Neue Blusen
aus Seide, Voile, Crêpe de Chine
Mk. 375.—, 225.—, 80.—

Schloss, Wiesbaden, Langgasse 32

Schulranzen,

beste Sattlerarbeit empfiehlt **Herm. Rump,**
Wiesbaden, Moritzstr. 7.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrickt. Wollumpen, Papier zum Einstampfen
und Zeitungen, Metall ges. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Delenenstr. 18.
Telefon 1832.

Als passende Geschenke.

Zur Konfirmation und Kommunion empfehle mein gut
fortiertes Lager in

Uhren, Gold- und Silberwaren

zu äußerst vorteilhaften Preisen.
Karl Steinheimer, Uhrmacher,
Ecke Zeil- und Lehrstraße.

Schmuck

in jeder Form und Menge
auch
Zähne **kauft**

Brillanten

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden
Kirchgasse 70.

Uhren

Zur Lieferung von Sekt-, Mosel-, Rheinwein-,
Cognak-, Burgunder- und Bordoelastchen

empfiehlt sich

M. M. W. Blumers,
Mainz, Erthalstraße 8.

Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeöfen, Gaslampen,
Brenner, Zyl., Glühkörper,
Gastocher und Schläuche,
Brat- u. Backhauben, Bades-
wannen, Zapfhähne, Gas-
und Wasserelastchen zu ver-
kaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wellstr. 10.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen, in
kleinen Privat-Haushalt sofort
gesucht. Lohn 80 Mk.

Viebrich a. Rh.,
Rheinstraße 17, pt.
Vorstellen nur vormittags
oder schriftlich.

Privatmann
sucht eine

goldene Herrenuhr
aus Privatband zu kaufen.
Offerten unter A. M. 1 an
die Geschäftsstelle.

Rollmops 4 Ltr.-Dose 36,—
Sprossen in Eßig 24,—
Salzheringe, Büchlinge,
Fischwaren per Post und
nachnahme versenden Klenz
& Co., Nortorf. Holst.

Einfamilienhaus,
mit Stallung u. etwas Garten
möglichst in ruhiger Lage
zu kaufen gesucht. Preis
20-25000 Mk. Näheres
im Verlag.

◆◆ **Möbel!** ◆◆
Schlafzimmer

2. u. 3. für Spiegel-
in Eiche, Kirschbaum u.
lackiert,
Küchen

gerade und rund vorgehen
in Kiefern u. echt Buchen

Speisezimmer

schwer Eichen
in großer Auswahl, kaufen
Sie billig in der Schreib-
v. **Karl Becker, Mainz**
Mittlere Bleiche 30.